



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

14. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

27. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.45 Uhr bis 12.15 Uhr

Vorsitzender: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

TOP 1 und 2 siehe Ausschlußprotokoll 12/413

**3 Resolution des Rates der Stadt Schwerte an den Landtag des Landes
Nordrhein-Westfalen**

1

Zuschrift 12/735

Die Ausschlußmitglieder kommen überein, den Sachverhalt um die Stadt Bielefeld zu erweitern. Die Ministerin sagt zu, mit beiden Städten entsprechende Gespräche zu führen. Danach - voraussichtlich im Frühjahr nächsten Jahres - soll das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

^{*)} öffentlicher Teil siehe APr 12/413

Seite

- 4 **Deponiekapazitäten, Deponiekosten, Deponierestlaufzeiten und Verlängerungsfristen in Nordrhein-Westfalen** 4

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Ministerin entgegen und diskutiert darüber.

- 5 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)** 6

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550
(2. Ergänzung)

Vorlage 12/860

- Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft
- Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- Einzelplan 03 - Innenministerium
- Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Der **Einzelplan 10** wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Die diesen Ausschuß betreffenden Kapitel des **Einzelplanes 02** werden mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Die diesen Ausschuß betreffenden Kapitel des **Einzelplans 05** werden mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Die diesen Ausschuß betreffenden Kapitel des **Einzelplans 15** werden mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Seite

In der **Gesamtabstimmung** wird der Gesetzesentwurf der Landesregierung unter Einbeziehung der Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 (2. Ergänzung) sowie der Vorlage 12/860, soweit der Umweltausschuß dafür zuständig ist, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **gebilligt**.

6 Stand der Novellierung des Landesabfallgesetzes 11

Die Ministerin erstattet dem Ausschuß Bericht. Es folgt eine kurze Diskussion.

7 "Einstellung der Landesregierung zur Brauchtumpflege mit besonderem Bezug zum westfälischen Freilichtmuseum in Detmold, der alten Ziegelei in Lage und der Glashütte in der Nähe von Lübbecke" 13

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Ministerin entgegen.

Nächste Sitzung: 15. Januar 1997

Das könne nur bedeuten, daß die CDU die TASI-Kriterien nicht mehr gelten lassen wolle. Sie wolle bis weit ins nächste Jahrtausend ohne Vorbehandlung deponieren. Dies sei eine unverantwortliche Abfallpolitik, die ökologischen Gesichtspunkten in keinsten Weise gerecht werde.

Gerd Mai (GRÜNE) bemängelt, daß die Abfallpolitik der CDU konzeptionslos sei. Sie wolle es allen recht machen: den ländlichen Regionen, die Deponien hätten, den Betreibern von Müllverbrennungsanlagen usw.

Dagegen bringe das vorgestellte Konzept der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN Ordnung in die Abfallpolitik, sei ökologisch orientiert und mache Aussagen zu den Deponien. Nach wie vor sei man bestrebt, die TASI weiterzuentwickeln, um vergleichbare Parameter zu finden, die eine Fortentwicklung von Abfallwirtschaftstechnologien möglich machten. Dazu sei die Bundesregierung zur Zeit noch nicht bereit; die Regierungskoalition in NRW habe jedoch ein geschlossenes Konzept.

Werner Stump (CDU) macht darauf aufmerksam, daß die CDU zu diesem Thema lediglich einen Bericht der Landesregierung angefordert habe. Die Ministerin habe Bericht erstattet und zugesagt, ihren Bericht auch schriftlich auszuhändigen (liegt als Vorlage 12/1034 vor). Diskutieren wolle die CDU über dieses Thema erst dann, wenn sie es selbst anhängig mache.

5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/1200, 12/1390 und 12/1550 (2. Ergänzung)

Vorlage 12/860

- | | |
|-----------------|--|
| Einzelplan 10 - | Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft |
| Einzelplan 02 - | Ministerpräsident und Staatskanzlei |
| Einzelplan 03 - | Innenministerium |
| Einzelplan 15 - | Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport |
| - | Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung |

Werner Stump (CDU) teilt mit, daß die CDU-Fraktion keine Anträge zum Haushalt 1997 stellen werde.

Er begründet diesen Entschluß so: Auch in diesem Jahr habe das Umweltministerium der guten Praxis entsprochen und der CDU auf schriftliche Anfrage zwei Mitarbeiter ihres Hauses zur Verfügung gestellt, um Hintergrundinformationen zum Haushalt zu geben und die Meinungsbildung in der Fraktion sicherzustellen. Der Dialog sei konstruktiv und offen verlaufen; einige Fragen seien jedoch offengeblieben. Die Antworten auf diese Fragen erfolgten üblicherweise über eine schriftliche Mitteilung der Ministerin, die die CDU bis heute nicht erhalten habe. Damit sei der CDU die Möglichkeit genommen worden, zu den einzelnen Haushaltspositionen in eine Begründung einzutreten.

Daß die Antworten der Ministerin ausgeblieben seien, hänge offensichtlich auch mit den veränderten Entscheidungsabläufen im Umweltministerium zusammen. Die Abwägungsprozesse dauerten einfach zu lange. Er wolle nicht annehmen, daß die fehlenden Antworten etwas mit dem Zitat der Ministerin im Plenum zu tun hätten: CDU-Abgeordnete seien nicht so wichtig wie SPD-Abgeordnete. Er sei sicher, daß auch die SPD in diesem Falle so "sauer" reagieren würde; der übliche parlamentarische Umgangsstil müsse akzeptiert werden.

Zudem sei die CDU-Fraktion grundsätzlich der Ansicht, daß der Haushaltsentwurf 1997 keinen Willen dazu erkennen lasse, im Lande Nordrhein-Westfalen umzusteuern, um den Haushalt zu konsolidieren. Der Entwurf enthalte außerdem erhebliche Haushaltsrisiken, die geänderte Steuereinnahmesituation sowie die Auswirkungen des Jahressteuergesetzes fänden keine ausreichende Betrachtung und Bewertung.

Hinzu komme, daß der Umweltetat eine Reihe von neuen "Spielwiesen" enthalte, obwohl für einige "Spielwiesen", die im letzten Jahr wegen der neuen Koalition eröffnet worden seien, die Haushaltsmittel überhaupt nicht abgeflossen seien.

Besonders kritisiere die CDU-Fraktion auch die große Anzahl der Gutachten, die sich Nordrhein-Westfalen leiste. Dies sei nicht mehr zu verantworten, und es müßten endlich Synergieeffekte mit anderen Landesregierungen gesucht werden. In Nordrhein-Westfalen werde das gleiche untersucht wie in Bayern oder Hessen. Für diese Gutachten würden Millionen ausgegeben, die gespart werden könnten.

Aus all diesen Gründen werde die CDU-Fraktion dem Haushaltsentwurf 1997 und diesem Umweltetat - die nähere Begründung erfolge im Parlament - keine Zustimmung geben.

Ministerin Bärbel Höhn erklärt, ihr sei nach dem erwähnten Gespräch gesagt worden, daß bis auf wenige Einzelheiten alle Fragen geklärt worden seien. Diese Punkte würden noch in den Fachabteilungen recherchiert. Sie könne sich nicht vorstellen, daß diese Punkte so entscheidend seien, die CDU-Fraktion davon abzuhalten, Anträge zum Haushalt zu stellen. Es wäre ein Leichtes gewesen, vom Ministerium die Angaben vor der Ausschußsitzung anzufordern.

Zur Frage der Gutachten stellt sie klar, daß der Ansatz für Untersuchungen im Haushaltsentwurf 1997 geringer sei als im letzten Jahr.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) nimmt zu den Begründungen der CDU-Fraktion, keine Anträge zum Haushaltsentwurf 1997 zu stellen, Stellung:

Es sei selbstverständlich, daß gestellte Fragen beantwortet würden; den von der Ministerin geschilderten Ablauf halte die SPD-Fraktion allerdings für völlig in Ordnung.

Über die Notwendigkeit von Gutachten habe man immer wieder diskutiert. Die Zahl der Gutachten müsse in einem vernünftigen Verhältnis zu den daraus sich ergebenden Aktionen stehen. Das Land brauche Investitionen und Aktivitäten und nicht nur Untersuchungen dazu.

Der dritte Kritikpunkt, die Haushaltsrisiken und das Jahressteuergesetz, treffe nicht nur für den Umweltetat zu, sondern für den gesamten Haushalt. Die CDU kenne die Entwicklungen auf der Einnahmeseite besser als die anderen Fraktionen, da sie in Bonn für diese Politik der Einnahmeausfälle, mit denen man in Nordrhein-Westfalen fertig werden müsse, verantwortlich sei. Es sei verabredet, mit einem Nachtragshaushalt zu reagieren, sobald die Einnahmeausfälle feststünden. Trotz dieser Widrigkeiten könne nicht darauf verzichtet werden, den Haushalt 1997 zu beschließen. Daher dränge sich der Eindruck auf, daß die CDU Argumente vorschiebe, um den Haushalt abzulehnen.

Aus Sicht der SPD werde der Haushaltsentwurf im Umweltbereich und den angesprochenen anderen Einzelplänen den ökonomischen und ökologischen Notwendigkeiten gerecht.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) kritisiert die ständigen Hinweise des Abgeordneten Dr. Kasperek auf die Bundespolitik, die von den eigenen Fehlern ablenken solle und vermißt die Antworten der Ministerin auf die soeben vorgetragenen Fragen des Abgeordneten Stump zur Steuerpolitik usw.

Zudem hätten die nach dem Gespräch mit den Mitarbeitern des Umweltministeriums gestellten Fragen zum Haushalt vor diesen abschließenden Beratungen beantwortet sein müssen; danach interessierten sie nicht mehr. Sie habe den Eindruck, daß die Fachbereiche des Umweltministeriums hervorragend arbeiteten, die Ergebnisse ihrer Arbeit dann aber liegenblieben, wenn sie zur Unterschrift weitergegeben würden. Das sei schon mehrfach so passiert.

Gerd Mai (GRÜNE) merkt an, daß die Kommunikationswege zwischen der CDU-Fraktion und dem Ministerium geklärt werden sollten.

Er bemängelt, daß die CDU-Fraktion lediglich allgemein vom Umsteuern, von Haushaltskonsolidierung und "Spielwiesen" gesprochen habe und keine konkreten Vorschläge gemacht habe. Im Augenblick stelle er bei der CDU Konzeptionslosigkeit fest.

Die Koalitionsfraktionen dagegen betrieben aktiv Haushaltskonsolidierung, die im nächsten Jahr noch deutlicher greifen werde. Trotz dieser Maßnahmen könnten die Aufgaben im Umweltbereich erfüllt werden. Das Umsteuern habe stattgefunden und werde weiter entwickelt. Die Ansätze hätten weitgehend gehalten werden können, in Schwerpunktbereichen sei sogar ein Ausbau möglich gewesen. Er sei gespannt, wie sich die CDU in der Debatte zu den SPD-Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung äußern werde.

Werner Stump (CDU) merkt noch einmal an, daß das Bedürfnis des Abgeordneten nach Antworten auf gestellte Fragen ausreichend befriedigt werden müsse. Eine solche Panne hätte sich Kollege Matthiesen, trotz konträrer Sachpolitik zur CDU, nicht erlaubt, da er die Würde des Abgeordneten zu schätzen wisse. Antworten dürften nicht in Schubladen verschwinden.

Die CDU habe sich insgesamt informiert; das müsse nicht mit einem Antrag verbunden sein. Es hätte gar keinen Sinn gehabt, als Opposition einen Antrag zu stellen, weil er mit der Geschlossenheit der Fraktionen von SPD und GRÜNEN unabhängig vom Inhalt abgelehnt worden wäre. Als die GRÜNEN noch in der Opposition gewesen seien, hätten sie dies auch bemängelt; jetzt seien sie anderer Meinung.

Die Haushaltsberatungen der Regierungskoalitionen seien das "organisierte Chaos" gewesen. Mit grundsolider Haushaltspolitik hätten diese Beratungen nichts mehr zu tun gehabt. Es handele sich um einen "Spielladen", in dem jeder seiner Wählerklientel irgend etwas zukommen lassen wolle. Die Regierungsfaktionen würden ihrer Aufgabe, mit den besonderen Problemen Nordrhein-Westfalens fertig zu werden, nicht gerecht. Mit "Spielwiesen" wolle sich die CDU nicht auseinandersetzen. Ein konstruktiver Antrag der CDU, der vielleicht von einer der Koalitionsfraktionen mitgetragen werden könne, würde eine Koalitionskrise auslösen.

Die SPD sollte einmal darüber nachdenken, was parlamentarische Demokratie bedeute. In diesem Zusammenhang erinnert er noch einmal an die oben erwähnte Aussage der Ministerin zu den Rechten Abgeordneter.

Der richtige Platz, um das Konzept der CDU zum Haushalt 1997 einzubringen und darüber zu diskutieren, sei das Parlament und nicht der Ausschuß.

Ministerin Bärbel Höhn ergänzt, daß sie nicht gedacht habe, daß die Fragen zur Steuerpolitik an sie als Umweltministerin gestellt worden seien. Sie sei jedoch gerne bereit, darauf zu antworten: Über diesem Haushalt lägen Risiken, die insbesondere durch die Bundespolitik bestimmt würden; NRW müsse damit zurechtkommen.

Sie sei keinesfalls der Meinung sei, daß die Rechte CDU-Abgeordneter andere seien als die von SPD- oder GRÜNEN-Abgeordneten. Das habe sie auch nie gesagt. Die Wichtigkeit von Abgeordneten werde allerdings dadurch bestimmt, was sie zu gestalten hätten; aus eigener Erfahrung wisse sie, daß die Möglichkeit eines Abgeordneten in einer Regierungsfraktion größer seien als die eines Abgeordneten in der Opposition. Sie bittet darum, diese Aussage nicht dahingehend zu interpretieren, daß sie die Rechte von Abgeordneten mißachte; das Gegenteil sei der Fall.

Sie empfiehlt, bezüglich der angedeuteten chaotischen Haushaltsberatungen in NRW auch einen Blick auf die Bundesebene zu werfen; im Vergleich dazu seien die Beratungen in NRW äußerst diszipliniert verlaufen.

Johann Krings (SPD) ist der Auffassung, daß es das gute Recht der Opposition sei, die Debatte im Ausschuß zu verweigern und ins Plenum tragen zu wollen. Begründungen seien

dazu nicht nötig. Die CDU habe sich um verunglückte Begründungen bemüht. Eine davon sei, daß die Ministerin die restlichen Fragen nicht vor der Haushaltsberatung beantwortet habe.

Er weist den Vorwurf zurück, Anträge der Opposition würden nicht gewürdigt. Bei den gerade behandelten Tagesordnungspunkten habe man sehr wohl versucht, einen Konsens zu finden. Die SPD sei bereit, konstruktive Vorschläge entgegenzunehmen und darüber zu debattieren.

Hans Peter Lindlar (CDU) beklagt, daß schon in den 90er Jahren, als noch eine Fraktion in der Regierungsverantwortung gewesen sei, Anträge durch einfaches Handaufheben binnen fünf Minuten abgeschmettert worden seien.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) mißbilligt die arrogante Art, in der der Abgeordnete Dr. Kasperek mit den oft hervorragenden Anträgen der CDU umgehe. Auf die Argumente der Opposition werde nicht eingegangen. Das habe die Atmosphäre vergiftet. Die Möglichkeit, etwas gemeinsam zu beschließen, sei nicht mehr gegeben.

Es habe eine Zeit gegeben, in der ein gemeinsames Podium existiert habe. Man müsse ernsthaft überlegen, ob die Arbeitsweise anders werden müsse. Ausschubarbeit mache keinen Sinn mehr, wenn die Anträge der Opposition, ohne deren Argumente zu würdigen, ohne Diskussion abgelehnt würden. Das sei in den letzten fünf Jahren regelmäßig bei den Haushaltsberatungen so gelaufen. Sie bedauert, daß bei dieser Arbeitsweise die Konfrontation im Vordergrund stünde und das gemeinsame Ziel aus den Augen verloren werde.

Johannes Rimmel (GRÜNE) merkt an, daß die Wähler für diese Haltung der CDU sicher kein Verständnis aufbringen würden. Die Opposition müsse für ihre Vorschläge kämpfen, damit sie mehrheitsfähig würden. Im Augenblick könne er lediglich feststellen, daß die CDU Vergangenheitsbewältigung betreibe und als Opposition ihre Arbeit einstelle. Er gehe davon aus, daß die CDU durch diese Diskussion davon ablenken wolle, daß sie keine eigenen Vorschläge zum Haushalt vorstellen könne. Gerade heute seien viele Argumente der CDU in die Diskussion über die Resolution der Stadt Schwerte eingeflossen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) weist sowohl den Ausdruck "vergiftete Atmosphäre" als auch den Vorwurf der Arroganz zurück. Er erinnert an die CDU-Anträge zur Abfallpolitik und zur Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren in der letzten und auch in dieser Sitzung, in der es stundenlange Diskussionen gegeben habe. Die Wahrnehmung, Anträge der CDU würden nicht einmal diskutiert und von vornherein abgelehnt, habe nichts mit der Realität zu tun.

Realität sei etwas ganz anderes: Vor einigen Sitzungen sei verabredet worden, bei der Abfallpolitik eine gemeinsame Linie zu finden. Kurz danach habe die CDU einen Antrag in den Landtag eingebracht, durch den eine gemeinsame Position in der Abfallpolitik verhin-

dert worden sei. Der Zeitungsartikel und die Tagung, auf die er gerade eingegangen sei, zeige, wie wenig ernst die Anträge der CDU zu nehmen seien. Draußen im Lande werde genau das Gegenteil von dem erzählt, was in den Anträgen eingebracht werde.

Im übrigen herrsche im Ausschuß Arbeitsatmosphäre. Bei unterschiedlichen Positionen komme es zu Abstimmungen. Wenn die Argumente gut seien, finde man zu gemeinsamen Ergebnissen; wenn die Argumente weniger gut seien, fielen Mehrheitsentscheidungen. Daran müsse man sich gewöhnen. Er bittet darum, keine verzerrte Wirklichkeit darzustellen; der Ausdruck "vergiftete Atmosphäre" diffamiere alle Ausschußmitglieder.

Dr. Bernd Brunemeier (SPD) weist auf den feinen Unterschied zwischen "zarter Ironie" und "Arroganz" hin.

Er glaube, daß das Ausmaß an Gemeinsamkeit zwischen Regierungskoalition und Opposition nicht groß genug sei. Der Umgangston gegenüber der Opposition sei jedoch in NRW moderater als in Bonn.

Im übrigen habe er den Eindruck, daß die CDU-Anträge nicht besonders ernst gemeint seien; ein großer Teil zielle lediglich darauf ab, mit Äußerungen der GRÜNEN während ihrer Oppositionszeit einen Keil zwischen SPD und GRÜNE zu treiben. Wer Gemeinsamkeiten wolle, müsse zunächst bei sich selbst anfangen.

Werner Stump (CDU) hält fest, daß die CDU-Fraktion ihre Position sowohl bezüglich des Umgangs mit ihr als auch zu inhaltlichen Fragen deutlich gemacht habe. Sie werde zum Haushaltsentwurf 1997 aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der Erkenntnis, daß dieser Haushalt nicht beratungswürdig sei, keinen Antrag stellen. Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf, daß die CDU sich zur Sache nicht geäußert habe; kein Ausschußmitglied habe dies zu einzelnen Titeln des Haushalts getan. Dieser Ausschuß diene allenfalls noch als Anhörungsforum für die CDU-Fraktion.

Abstimmungsergebnis siehe Beschlußprotokoll.

6 Stand der Novellierung des Landesabfallgesetzes

Ministerin Bärbel Höhn berichtet, daß das untergesetzliche Regelungswerk auf Bundesebene erst sehr spät verabschiedet worden sei, so daß ihr Ministerium erst im Oktober mit der Arbeit hätte beginnen können. Erste Priorität habe die Zuständigkeitsverordnung gehabt, die bis auf eine Kleinigkeit, die noch ressortübergreifend geklärt werden müsse, fertig sei.

Der Gesetzesentwurf zur Änderung des Landesabfallgesetzes durchlaufe das übliche Verfahren. Zunächst erfolge eine Abstimmung innerhalb ihres Hauses, die eingeleitet sei. Dazu gehörten auch Gespräche mit Umwelt- und Wirtschaftsverbänden sowie den kommunalen Spitzenverbänden, um die Eckpunkte zu besprechen. Nach Auswertung dieser Gespräche